

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Verbraucherschutz durch bessere Kontrollen absichern**

Der bundesweite Skandal um die Futtermittelverseuchung mit Nitrofen hat gezeigt, dass weitere Verbesserungen der Lebens- und Futtermittelüberwachung unabdingbar sind. Im Land Bremen ist Voraussetzung, dass unabhängige und umfassende Lebensmittelkontrollen staatlich gewährleistet bleiben, damit die Verbraucher/-innen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen vor gesundheitsbeeinträchtigenden Nahrungsmitteln geschützt werden.

Es ist absehbar, dass die zukünftigen Kontroll- und Auskunftspflichten des Landesuntersuchungsamtes weit mehr Aufgaben umfassen werden als bisher.

Eine sofortige Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel (Kapitel: 0501, Titel: 682 10-1) ist unerlässlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. unverzüglich die Umstrukturierung des Landesuntersuchungsamtes auf der Grundlage abzuschließen, dass der gesamte Bereich der Lebensmitteluntersuchungen und Veterinärdiagnostik weiterhin staatlich organisiert bleibt;
2. aufgrund der aktuellen Situation eine Freigabe der Haushaltsmittel zu ermöglichen, indem der Bericht über die eingeleitete Umstrukturierung im Landesuntersuchungsamt unverzüglich dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt wird;
3. sich im Vermittlungsausschuss des Bundesrates für eine Nachbesserung des Verbraucherinformationsgesetzes dahingehend einzusetzen, dass Auskunftspflichten von Unternehmen festgeschrieben werden;
4. die Bundesregierung in ihrem Ziel zu unterstützen, ein lückenloses Lebensmittelkontrollsystem auch europaweit einzurichten.

Dr. Karin Mathes, Doris Hoch,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen